

Verordnete und widerständige Sprache in der DDR

1. Einstieg
2. Sprache und Politik
3. Wie funktionierten Sprache und Sprachgebrauch als Machtinstrumente der DDR?
4. Wie brach die Sprache aus dem Machtgefüge der DDR aus?
5. Fazit

1. Einstieg

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich mit einigen Beispielen beginnen. Auf der Folie sehen Sie drei sehr verschiedene Texte. Die Gegenüberstellung dieser kurzen Texte erlaubt schon auf den ersten Blick einen Eindruck von dem, was ich *verordneten* und was ich *widerständigen Sprachgebrauch in der DDR* nenne. Oben sehen wir die – wohl vielen von uns noch geläufige – Losung

Weiter voran unter dem Banner von Marx und Engels!

Darunter steht ein Demo-Spruch aus dem Herbst 1989 (Leipzig):

Die Karre steckt zu tief im Dreck. Die alten Kutscher müssen weg!

Diese Gegenüberstellung sagt schon viel. Nicht nur bezogen auf die Inhalte, sondern auch auf die Art und Weise, *wie* da etwas formuliert wird. Interessant ist, dass man – anders als bei den Losungen – unter den Demo-Sprüchen keinen repräsentativen Fall findet, der stellvertretend für alle stehen könnte – jeder Spruch ist anders als alle anderen. Es gibt keine Routinen und keine Formelhaftigkeit. Wenn wir noch einen Ausschnitt aus dem Text des Schriftstellers Jan Faktor „Georgs Sorgen um die Zukunft“¹ hinzunehmen, werden die Unterschiede noch deutlicher.

Georgs Sorgen um die Zukunft

das Zukünftige wird immer zukünftiger
das Sorgende immer sorgender
und
das Hiesige immer hiesiger
das Dortige immer dortiger
das Zerbrechliche immer zerbrechlicher
das Langweilige immer langweiliger
das Irreparable immer irreparabler
das Sinnlose immer sinnloser

¹ Erschienen in Faktor, Jan (1989): *Georgs Sorgen um die Zukunft*. Aufbau - Außer der Reihe. Hrsg. Gerhard Wolf. Aufbau Verlag, Berlin, S. 37–70; Die unterschiedlichen Schriftgrößen sind vom Autor vorgegeben.

das Ratlose immer ratloser
das Böse immer böser
[...]
das Institute immer Instituter
das Gestüte immer Gestüter
[...]
das Gesetze immer Gesetzer
das Besitze immer Besitzer
das Geschütze immer Geschützer

Jan Faktor, Georgs Sorgen um die Zukunft, 1989.

In Faktors Text, der vollständig 33 Seiten umfasst, wird etwas – man merkt es – auf die Spitze getrieben. Was es damit auf sich hat, betrachte ich später. Soviel aber schon jetzt: An der Gegenüberstellung sieht man, dass die Sprache der Texte auf aufschlussreiche Weise verschieden ist. Sie lässt sich vorerst so charakterisieren:

- Die Losung ist pathetisch, formelhaft und inhaltsleer.
- Der gereimte Demo-Spruch ist witzig, anschaulich und trotz oder wegen der Bildlichkeit konkret.
- Die Dichtung von Jan Faktor schließlich werden wir alle sprachspielerisch, parodierend, zuspitzend finden (ja nahe am Nonsens).

Stehen dahinter Prinzipien des verordneten und des widerständigen Sprachgebrauchs? Im Groben kann man sagen: Ja, hier lassen sich solche Prinzipien ablesen. Ich will nun Überlegungen anschließen, in denen es um die Aufdeckung solcher Prinzipien und um die Beschreibung der Merkmale verordneter und widerständiger Sprache in der DDR gehen soll. Am Ende, darauf will ich hinaus, sollten Sie etwas mehr über diese Prinzipien wissen, als bisher anhand der Beispiele vermutet werden kann.

2. Sprache und Politik

Meine Ausgangsfrage ist, welche Bedeutung Sprache für eine Gesellschaft, besonders für ihr politisches Leben, haben kann. Die Antwort darauf ist uns natürlich nicht neu. Wir kennen sie bereits aus der Antike. Schon damals hat man sich mit der Wirksamkeit von Sprache und Argumentationsweisen befasst, die Rhetoriker der Antike kannten die pragmatische Bedeutung des überlegten Einsatzes von Sprache, auch und gerade in der Politik, sehr genau. Und auch heute ist es Konsens, dass Sprache entscheidenden Anteil an der Gestaltung von

Politik hat. Wie man das, was man erreichen will, jeweils in einem Text umsetzt, ist eine andere Frage. Kein Zweifel: Politisches Handeln ist an sprachliches Handeln gebunden, ein großer Teil der Politik – und zwar der wünschenswerte – besteht aus Gesprächen, in denen Probleme ausgehandelt, Beschlüsse gefasst und Verträge formuliert werden, um nur einige solcher Prozesse zu nennen. Man ist sich dabei in der Mehrzahl der Fälle dessen sehr wohl bewusst, dass das *WIE*, die Form, in der etwas gesagt wird, Einfluss auf die Ergebnisse nimmt und daher am Erfolg mitbeteiligt ist.

Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit: Die Kooperation von Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission wird in Folge der Auseinandersetzungen zwischen der neuen griechischen Regierung und der EU nicht mehr „Troika“ genannt, sondern „Institutionen“. Ihre Mitglieder sind aber dieselben geblieben. Die Umbenennung allein soll Kritiker zufrieden stellen. Deutlicher als hier kann man nicht sehen, welche Bedeutung allein die Benennung, die sprachliche Form hat.

Das Interesse an der Wirksamkeit von Sprache in der Politik gilt erfahrungsgemäß vor allem den Diktaturen. Verständlicherweise, weil man bei ihnen davon ausgehen kann, dass alles Wesentliche besonders rigoros und scharf ausgedrückt wird und daher auch besonders klar zu erkennen ist.

Wenn es um die Betrachtung von Sprachgebrauch in Diktaturen geht, wird in der Regel Klemperers „Lingua Tertii Imperii“, also die LTI, als exemplarisches Vorbild angeführt.

In seinem „Notizbuch eines Philologen“, wie Klemperer sein Buch im Untertitel ja nennt, hielt er, wie wir wissen, seine täglichen Beobachtungen zum nationalsozialistischen Sprachgebrauch fest. Klemperer untersuchte z. B. die Bildlichkeit von Wörtern, ihre Symbolkraft, die durch sie ermöglichten Verallgemeinerungen und Beschönigungen. Er betrachtete Superlative, Wörter aus dem Freund-Feind-Schema, Wortfelder wie Religion, Sport, Militär, die Verwendung und Funktion von Fremdwörtern, die Stigmatisierung durch Namen – und damit ist längst noch nicht alles gesagt. Die Lektüre seiner Notizen bestätigt nachdrücklich, dass Sprache und Politik zusammengehören. Man kann sich auch heute noch durchaus darauf beziehen. Und nicht nur das: Man sollte die Beschreibung der politischen Funktion von Sprachgebrauch fortsetzen, wie Klemperer es von 1945 an über 14 Jahre – wenn auch unsystematisch – getan hat, nämlich mit der Beschreibung der Sprache der DDR. Klemperer nennt sie die „Sprache des vierten Reiches“, die „Lingua Quarti Imperii“. So liest man es in einer Notiz vom Juni 1945:

Ich muss allmählich anfangen, systematisch auf die Sprache des *vierten Reiches* zu achten. Sie scheint mir manchmal weniger von der des *dritten* unterschieden als etwa das Dresdner Sächsische vom Leipziger. Wenn etwa Marschall Stalin der Größte der derzeit Lebenden ist, der geniale Strategie usw. [...] Jedenfalls will ich unser Nachrichtenblatt und die *Deutsche*

Volkszeitung, die mir jetzt zugestellt wird, genau sub specie *LQI* studieren. (Klemperer Tagebuch, Montag 27. Juni 45, gegen 19h)

Was ich heute vortrage, soll ein solcher Beitrag zu einer LQI sein, wenn auch anders als bei Klemperer ein Beitrag aus der sicheren Position des Rückblicks. (Es ist heute nicht mehr gefährlich, darüber zu reden.) Zunächst wird es um die „*verordnete Sprache*“ in der DDR gehen, darum, wie Macht durch Sprachregelung verschiedener Art ausgeübt wurde. Danach will ich am Beispiel der Sprüche des Herbstes 1989 zeigen, wie Ausbrüche aus dieser verordneten Sprache gefunden worden sind.

3. Wie funktionierten Sprache und Sprachgebrauch als Machtinstrumente der DDR?

3.1 Wissen und Sprache als Machtinstrumente

Was muss man tun, wenn man die Arbeit an der LQI fortsetzen und systematisch betreiben will? Es reicht aus heutiger Sicht nicht aus, sich auf die – in der Aufarbeitung oft übliche – Beschreibung von Wörtern zu konzentrieren, wie aufschlussreich das auch sein mag. Will man verstehen, wie ein Machtssystem wie das der DDR funktionierte und welche Prinzipien für den Gebrauch von Sprache dabei befolgt wurden, muss und kann man heute eine weitere Perspektive haben. Es ist die, die der französische Philosoph Michel Foucault mit der Denkfigur des ‚Diskurses‘ eingebracht hat. Ich weiß, ‚Diskurs‘ wird – nicht zu Unrecht – als ein unscharfes, als ein Prestigewort empfunden. Ich werde es aber nicht unscharf, sondern eindeutig im Foucault’schen Verständnis gebrauchen. Und das heißt Folgendes: Der Diskurs ist – wörtlich – „dasjenige, worum und womit man kämpft [...] die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault [1970], 1996, 11). Und Macht stellt aus Foucaults Sicht das „Entwicklungs- und Integrationsprinzip“ einer jeden Gesellschaft dar (Fink-Eitel 2002, 7), ganz gleich, ob sie demokratisch oder totalitär verfasst ist.

Es geht darum [...] den sprechenden Individuen gewisse Regeln aufzuerlegen und so zu verhindern, dass jedermann Zugang zu den Diskursen hat: Verknappung diesmal der sprechenden Subjekte. Niemand kann in die Ordnung des Diskurses eintreten, wenn er nicht gewissen Erfordernissen genügt, [wenn er nicht von vornherein dazu qualifiziert ist]. (Foucault 1996, 25f.)

Es geht Foucault dabei – das ist der Inhalt seines Diskursbegriffs – um eine spezielle Macht, nämlich die über das Wissen und damit auch die über das Sprechen. Eine solche Auffassung mag verwundern. Man kann sich fragen, wieso Foucault diesen „weichen“ Instrumenten, dem Wissen und der Sprache, und nicht dem „harten“ Instrument des Gebrauchs der Waffen das

größte Gewicht beimisst. Wenn man sich aber die konkreten Gegebenheiten, z. B. in der DDR, anschaut, sieht man, dass Foucault Gründe für seine Betonung der Macht auf diesem „weichen“ Feld hat. Gesellschaften, ganz gleich welcher Machtkonstellation, nutzen und regeln die Hervorbringung und Verteilung des zugänglichen Wissens in ihrem Interesse. Und in totalitären Systemen sind die Regelungen besonders strikt. *Dass* die Mächtigen das Wissen aller Mitglieder ihres Machtbereichs regeln und ebenso das öffentliche Sprechen, soll also ihre Position befestigen. Sonst unterließen sie es ja. Mit Regelung ist hier gemeint, dass von oben bestimmt wird, *WER* etwas wissen und wer etwas nicht wissen darf und *WAS* jemand wissen oder nicht wissen darf.

Also: Sowohl das Verfügen über das Wissen als auch die Inhalte des Wissens werden zugeteilt. Daraus folgt nun zwangsläufig, dass auch die Möglichkeiten des Sprechens zugeteilt werden. Es wird von oben geregelt, *WER* wozu sprechen oder nicht sprechen darf. Und es wird ebenfalls geregelt, *WORÜBER* und bei welcher *GELEGENHEIT* gesprochen werden darf. Die Folgen sind klar: Wenn ein Mensch nur selektiv informiert wird, ist sein Wissenshorizont zwangsläufig begrenzt. Und wenn er nicht einmal über das vergleichsweise Wenige, das zum eigenen Wissenshorizont gehört, öffentlich sprechen darf, ist ihm der Zugang zur Erkenntnis verwehrt. Er kann keine Bedenken, keine Zweifel, keine Gegenargumente oder kritischen Fragen zur Sprache bringen. Das heißt, er darf alles das nicht tun, was der eigenen Einsicht zuträglich wäre. Wenn man sich dies erst einmal klar gemacht hat, kann man die Tragweite der sprachlichen Einschränkungen in der DDR verstehen und erfassen, was auch die sprachliche Befreiung im Herbst 1989 bedeutete. Foucault fasst die Regeln, die dabei wirksam sind, etwa so: Die Prozesse in einer Gesellschaft werden immer *organisiert*, d. h. jemand, der die entsprechende Macht hat, bestimmt, wie diese Prozesse ablaufen. Zugleich werden sie *kontrolliert*, d. h. jemand beobachtet, was abläuft und greift gegebenenfalls korrigierend ein. Weiter findet eine *Selektion* der Prozesse statt, d. h. nicht alle Möglichkeiten sind erlaubt, und die erlaubten werden *kanalisiert*, bestimmte Richtungen werden zugelassen, andere nicht. Die Hervorbringung des Diskurses, also auch die Produktion von Texten und das öffentliche Sprechen, geschehen also repressiv. Neben diesen Verfahren nennt Foucault als das gravierendste das Verbot. Er spricht ausdrücklich vom „verbotenen Wort“ (ebd., 16) und beschreibt das am Beispiel des öffentlichen Sprechens.

Die sichtbarste und vertrauteste [Prozedur U.F.] ist das *Verbot*. Man weiß, dass man nicht das Recht hat, alles zu sagen, dass man nicht bei jeder Gelegenheit von allem sprechen kann, dass schließlich nicht jeder beliebige über alles beliebige sprechen kann. [Tabu des Gegenstandes, Ritual der Umstände, bevorzugtes oder ausschließliches Recht des sprechenden Subjekts – dies sind die drei Typen von Verboten, die sich überschneiden, verstärken oder ausgleichen und so einen komplexen Raster bilden, der sich ständig ändert.] (Foucault 1996, 11)

Als grundlegende Bedingung des Diskurses nennt Foucault Folgendes: „Niemand kann in die Ordnung des Diskurses eintreten, wenn er nicht gewissen Erfordernissen genügt.“ (ebd., 25f.) Das ist aus meiner Sicht der entscheidende Satz, denn darum geht es in Machtgefügen immer. Zu untersuchen ist also bei der Analyse des Umgangs mit Sprache in der DDR neben den Wörtern auch das in der bisherigen Aufarbeitung eher Vernachlässigte, nämlich das *Erfordernis* der Teilhabe am Diskurs. Zu fragen ist, wer bestimmen kann, was der Gegenstand des Gewussten und damit des Denk- und Kommunizierbaren in einer Gesellschaft ist. Zu fragen ist auch, worüber wie gedacht und gesprochen werden soll/darf, Wer das alles darf, hat die Machtposition inne. Will man Sprache also nicht nur als einen Vorrat an Mitteln, d. h. Wörtern und Formen betrachten, sondern auch als Potential der Kommunikation, muss man den Untersuchungsbereich auf die Regeln erweitern, die die Diskurse, d. h. auch das Herstellen und Verstehen von Texten bestimmen.

3.2. Ordnung des Diskurses – das Beispiel DDR

Wenn ich nun zur DDR spreche, werde ich eine ganze Reihe von Beispielen heranziehen. Sie stammen zum einen aus gedruckten Texten, z. B. aus dem „Neuen Deutschland“ (Berichte, Reden, Losungen). Außerdem stütze ich mich, wenn es um mündliche Äußerungen geht, auf Aussagen sprachbiographischer Interviews. Diese sind in einem mehrstufigen Projekt von 1994 bis 2008 geführt worden. Die Befragten der ersten Phase waren Menschen, die schon vor 1989 in der DDR bewusst gelebt haben und nach 1989 noch dort lebten. Sie wurden gebeten, zu berichten bzw. zu erzählen, welche Rolle Sprache und Sprechen in ihrem Leben gespielt haben. Es wurde z. B. gefragt: Durften/konnten Sie öffentlich sprechen? Haben Sie sprachliche Zensur erlebt? War etwas dran an der so oft genannten Zweizügigkeit? Wie veränderte sich die Sprachsituation in der Phase des politischen Umbruchs? Die Interviews vermitteln, was sonst schwer zu fassen ist, nämlich das persönliche Erleben auch sprachlich brisanter Situationen. Darüber hinaus beziehe ich mich auf Anhörungen von Zeitzeugen durch die Enquetekommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘ (1995, VII,1, Hörfunkinterviews), die im Rahmen einer Untersuchung zu gesprochener Sprache in der DDR von Steffen Pappert analysiert worden.

Sprachwissenschaftliche, soziologische, zeitgeschichtliche, also aus verschiedenen Richtungen kommende Äußerungen zur „Sprache der DDR“ gehen ziemlich übereinstimmend davon aus, dass sich der Totalitätsanspruch der SED auch auf die Sprache ausgewirkt hat. Die DDR war, so der Historiker Kocka (1994), eine Gesellschaft, die durch die „[...] unbegrenzte Herrschaftsmacht von Staat und Partei“ (ebd., 549) gekennzeichnet war. Eine einzige Machtinstanz regelte den Diskurs und tat dies überaus rigide. Das hatte natürlich den

durchgreifenden Prozess einer – wie er es nennt – „funktionale/n/ Entdifferenzierung“ (ebd., 550) zur Folge. Wer es erlebt hat, weiß: Alles klang gleich, öffentlich sagten alle dasselbe mit denselben Worten. Wer ausbrach, gab sich als Abweichler, Außenseiter, ja Gegner zu erkennen. Dazu einige Äußerungen aus den Interviews. Ich lasse zwei Personen sprechen, die unterschiedliche Verhaltensweisen beschreiben:

Interview mit I.N., Kindergartenleiterin in einem Ort bei Leipzig

Ja also, das muss ich sagen, das war, wenn R. kam, das war meine Oberste in Leipzig, vom Rat des Kreises, oder wenn der Fachberater kam, dann hab' ich anders gesprochen. (I.N., 244)

Ich hab's ja so gesagt, wie die das gerne hören wollten. Das war gemein, du musstest direkt, wie sagt man da, mit zwei Zungen sprechen, weil du musstest das ja so machen, wie die das gerne wollten [...] Und so hab ich's dann auch gemacht. Was sollte ich mir denn da ein Zwiegespräch einhandeln, ich hab' gesagt, was sie hören wollten, und, will mal so sagen, und hab meine Arbeit dann doch so gemacht, wie ich das gerne wollte. (I.N., 249)

Interview mit A.P., Bildende Künstlerin und Hochschullehrerin

Ich erinnere mich, dass ich manchmal ganz bewusst bestimmtes Sprachmaterial eingebracht habe, um mich zu distanzieren [...] Auch um zu provozieren. Weil ich wusste, das ist jetzt nicht angemessen, das wollen die nicht hören. (A.P., 499)

Also eben wenn ein tabuisiertes Wort gebraucht wurde oder ein Begriff, der gängig war, gemieden wurde, eben nicht gesagt oder so – Das ist ja alles schon aufgefallen. (A.P., 507)

Diese Aussagen sind klare Beschreibungen von Anpassen und Abheben. Sie betreffen – ich betone es hier – die öffentliche Sprache in der DDR, nicht den privaten Sprachgebrauch. Sie gelten also grob gesagt für das, was in Zeitungen zu lesen, in Funk und Fernsehen zu hören bzw. zu sehen war, was in Partei-, Betriebs-, FDJ-Versammlungen, zum Teil auch in Schulen und an Universitäten geäußert wurde etc. Das alles unterlag ohne Zweifel am uneingeschränktesten dieser „Ordnung des Diskurses“. In einer solchen von „oben“ gelenkten Kommunikation muss man dort mit Übereinstimmungen rechnen, wo sich in Diskursen pluraler Gesellschaften sehr starke Unterschiede zeigen können, z. B. in journalistischen Textsorten mit langer Tradition wie Kommentar, Glosse, Nachricht, Leserbrief, aber auch in Texten aus dem Alltag wie Arbeitsberatung, Gespräch im Elternaktiv, ja sogar Schaufenstergestaltung. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens der DDR waren davon betroffen. Es bietet sich daher an, den öffentlichen Sprachgebrauch auf seine Diskurs-Prinzipien hin zu betrachten und ihn im Hinblick auf seine Leistung für die Machtstrukturen zu untersuchen. Ich werde auf zwei Faktoren eingehen, die aus meiner Sicht die öffentliche Kommunikation bestimmt und zu

ihrer Entdifferenzierung beigetragen haben. Es sind das Wirken des *äußeren Drucks* (s. ebenfalls Foucault) und das Wirken eines *inneren Drucks*.

Das Wirken des äußeren Drucks

äußert sich u.a. im schon genannten gezielten *Vorenthalten* von Wissen und Möglichkeiten des Sprechens. Dass es Vorenthaltung überall gibt, steht außer Frage, wenn wir an die in der Politik allgemein üblichen Verfahren der Geheimhaltung, Vortäuschung, Verschleierung und Beschönigung von Fakten denken, wie wir sie natürlich auch heute kennen. Dass es in der DDR aber noch eine eigene Spezifik hatte, zeigt das folgende Zitat aus der Leipziger Volkszeitung. Befragt wird Lothar Tippach, der während der DDR-Zeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus an der Karl-Marx-Universität Leipzig war. Auf die Frage, wie es um die Freiheit des Sprechens in Wissenschaftlerkreisen bestellt war antwortet er das Folgende:

„Wir haben in unserem Fachbereich immer offen diskutiert, wenn auch in inneren Zirkeln.“
(Lothar Tippach, Interview in der LVZ 4./5.6. 1994)

Tippachs Äußerung macht deutlich: Es galt dem Befragten als völlig normal, dass das offene Sprechen und damit der Gewinn von Informationen den Eliten vorbehalten war und den „Nichteliten“ vorenthalten wurde. Das zeigt sich daran, dass er es an öffentlicher Stelle unverblümt sagt und es nicht etwa entschuldigt oder relativiert. Für die Situation des offenen Sprechens in „inneren Zirkeln“ gab es übliche Einleitungsformeln wie z. B.:

*mal unter uns gesagt
in diesem Kreis kann man das ja mal offen sagen
nennen wir unter uns doch einmal die Dinge beim Namen*

Hier geht es um Fragen der ‚kommunikativen Ethik‘, nämlich darum, welche ethischen Normen für das Miteinandersprechen in einer Gesellschaft gelten. Wenn wir uns verständigen, also wirklich kooperieren wollen, muss es, so die Vertreter der ‚kommunikativen Ethik‘ (z. B. Habermas 1988, Apel 1988), zunächst einmal die Voraussetzung des, wie Habermas es nennt, „herrschaftsfreien Diskurses“ geben. Das heißt: Alle müssen die Möglichkeit haben, selbstbestimmt zu entscheiden, wozu sie wann, mit welchen Worten etwas sagen wollen. Allen muss eine gleichberechtigte Teilnahme am Diskurs möglich sein. Wie schwierig das ist, weiß man aus Erfahrung. Dass es funktionieren kann, zeigten die Runden Tische 1989/1990.

Wie diese gleichberechtigte Teilnahme in der DDR ausgehebelt wurde, wie also die Grundbedingung gelingender Kommunikation (wie wir sie in der Demokratie kennen oder zumindest anstreben) bewusst missachtet wurde, zeigen Maßnahmen der Restriktion wie die, dass

Versammlungen angemeldet werden mussten, dass Diskussionsbeiträge kontrolliert wurden, dass Gesprächsteilnehmer festgelegt und Themen vorgeschrieben waren. Niemand konnte aus eigener Entscheidung öffentlich zu einem Thema seiner Wahl an einem von ihm gewählten Ort zu einer von ihm bestimmten Zeit *mit seinen eigenen Worten* sprechen. Dieses Vorenthalten von Möglichkeiten wirkt zusammen mit *direktem äußeren Druck*. Damit sind die Fälle gemeint, in denen wirklich eingegriffen wurde, in denen eine aktive von „oben“ nach „unten“ erfolgte Sprachpolitik und Sprachlenkung stattgefunden hat. Ich nenne nur einige solcher Prozesse, um das Gemeinte zu illustrieren, nämlich im Großen *den Einfluss auf die Medien* und im Kleinen *den Einfluss auf den Wortgebrauch* und auf den *Umgang mit Texten*.

A. Zu den Medien

Beschränkt waren sowohl die Möglichkeit, etwas zum Druck zu geben, als auch die Möglichkeit, etwas Gedrucktes zur Kenntnis zu nehmen, es zu lesen. Nur wenige Beispiele:

- ***Druckgenehmigung und -kontrolle***, Abhängigkeit einer Veröffentlichung von parteigelenkten Druckgenehmigungsverfahren, Überprüfung von Druckerzeugnissen durch Grenz- und Postzollämter, Anwenden des Zollgesetzes und der Postzollfahndung, seit Beginn der achtziger Jahre verstärkte Aufmerksamkeit auf Druck- und Vervielfältigungsgeräte und Nutzungsbeschränkungen in den Bibliotheken

Rat des Bezirkes Erfurt
Abt. Innere Angelegenheiten

Erstellen einer Druckgenehmigung für Gedichte

Bezüglich Ihres Antrages vom 9.11.1971 teilen wir Ihnen mit, daß wir Ihren Antrag auf Erteilung einer Druckgenehmigung für Gedichte nicht genehmigen können, da dieses Druckerzeugnis verlagsrechtlich gebunden ist.

Aus diesem Grunde ist es Privatpersonen nicht gestattet, eigenmächtig Gedichte zu verfassen und zu popularisieren.

i.A. Hartmann Abteilungsleiter
(Hervorh. U.F.)

Präskriptiv war auch der *Prozess der Medienlenkung*

- Ich nenne nur einige Mechanismen der *Medienlenkung*: strikt von oben nach unten gerichteter Prozess der Belehrung, Schulung, Kontrolle und Zensur (Heitsch 1995) durch den Generalsekretär der SED selbst, durch den ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda sowie durch die Agitationskommission beim Politbüro der SED. Wöchentliche Veranstaltungen, zu denen die Vertreter der Medien eingeladen und mit

Informationen und Argumentationen versehen wurden. Aktueller Wortschatz (welche Wörter waren gerade nicht opportun?). Direkte Wortvorschrift allerdings selten, weniger selten Ahndung falschen Wortgebrauchs.

Beispiel für Nachzensur: Journalist der NBI bezeichnete 1988 die Kämpfer der Novemberrevolution als „*eine verlorene Truppe*“. Das führte zu seiner Entlassung.²

B. Zum Wortgebrauch

Oft kam in den Interviews das Problem zur Sprache, „[...] *dass die [die Leute in der DDR, U.F.] ihre gesellschaftlichen Probleme nicht sagen konnten.*“ (D.B., *Pfarrerin*, 391) Auch sagt sie:

Ich habe immer das Gefühl gehabt, dass [...] das DDR-Problem auch 'n Sprachproblem war. Also, dass ganz viele Leute gern sich gewehrt hätten [...], wenn sie nur 'ne Sprache gehabt hätten. Und die Friedensdekaden, die in der evangelischen Kirche seit 1980 waren, waren so'n Stück Versuch, über [...] die großen Weltprobleme an Sprachhilfen zu kommen. (D.B., 390)

Aus dem Kontext des Gesamtinterviews wird deutlich, dass ‚sagen‘ hier im Sinn von ‚benennen‘ gemeint ist. Der Interviewten (D.B.) ging es darum, ob man in der DDR über philosophische und pädagogische Fragen öffentlich reden konnte. Sie meinte, dass die nötigen Wörter/Benennungen nicht vorhanden oder nicht erlaubt waren. Damit hat sie natürlich recht. Es gab für philosophische Gespräche, soweit sie öffentlich geführt wurden, nur eine einzige – verordnete – Terminologie, weil es ja nur eine einzige erlaubte Philosophie, besser: Ideologie gab. Diese Begrenzung der Terminologie wurde mit dem Anspruch (Klaus 1971, 22), begründet, dass die Bedeutungen, die der sozialistische Agitator den Wörtern zukommen lässt, die einzig „richtigen“ seien, weil sie den „objektiv-realen Situationen adäquat sind“. Dass ein solcher Anspruch auf absolute Wahrheit und damit auf Ausschließlichkeit erhoben wurde, hatte fatale Folgen: Denken wir an Humboldts Idee von der Sprache als Weltsicht. Sie bedeutet, dass die Art und Weise, wie wir die Welt sehen, durch den Gebrauch der jeweils verwendeten Sprache (mit)bestimmt ist, was ja heißt: verschiedene Sprachgebräuche ermöglichen verschiedene Sehweisen auf die Welt. Und erst, wenn es verschiedene Sehweisen gibt, wird eine geistige Auseinandersetzung möglich und nötig. Das alles aber war aus dem Programm gestrichen. Die Wahrnehmungsmuster und Denkmöglichkeiten (Opp de Hipt 1987,

² Weiterführende, von sozialistischen Ideen geleitete Ziele der Revolutionäre scheiterten im Januar 1919 am Widerstand der SPD-Führung unter Friedrich Ebert. Aus Furcht vor einem Bürgerkrieg wollte sie – wie auch die bürgerlichen Parteien – die alten kaiserlichen Eliten nicht vollständig entmachten, sondern sie mit den neuen demokratischen Verhältnissen versöhnen. Dazu ging sie ein Bündnis mit der Obersten Heeresleitung (OHL) ein und ließ den so genannten Spartakusaufstand mit Hilfe rechtsgerichteter Freikorps-truppen gewaltsam niederschlagen.

39), die „Orientierung in der Welt“ (ebd., 38) waren nicht auf Alternativen hin angelegt, sondern auf eine einzige Denkmöglichkeit.

- ‚*Pazifismus*‘ (im marxistisch-leninistisch bearbeiteten WddG, als bürgerlich markiert, negativ konnotiert). Es war, wollte man auf der „Linie“ bleiben, unmöglich, dieses Wort zu verwenden, und damit auch unmöglich, über die Sache zu reden, schon gar nicht wertfrei oder gar positiv wertend.
- Mit der Festlegung auf die Denkmöglichkeit ‚*allseitig gebildete sozialistische Schülerpersönlichkeit*‘ – sollte eine andere Auffassung wie ‚selbstverantwortlich und kritisch an der Gesellschaft teilnehmender junger Mensch‘ nicht gedacht werden können.

C. Zu den Texten

Betrachtet man Diskurs auch als Gefüge von Texten, so stößt man ebenfalls auf den Einfluss des Drucks von oben. Wer z. B. Texte des „Neuen Deutschlands“ vor Augen hat, weiß, dass alle – ganz gleich zu welchem Gegenstand in welchem journalistischen Genre geschrieben – einem gemeinsamen Anspruch genügten: Sie vermittelten immer, *WORIN* der ideologische Anspruch der Machthaber bestand, und sie machten deutlich, *WIE*, d. h. in welchen Formen öffentliches Sprechen überhaupt möglich war. Dies wurde umgesetzt, indem die Autoren in gewohnheitsmäßiger Absicherung den Bezug auf die ideologischen Prämissen der SED herstellten, indem sie z. B. Kanontexte (Parteitagsreden) zitierten und sich desselben gleichförmigen Sprachmaterials bedienten, wie es in den Verlautbarungen der SED zu finden war, so dass – bei gleichem Thema – kaum Unterschiede zwischen Texten verschiedener Textsorten festzustellen sind. Hannah Arendt weist auf die wichtige Rolle von Wiederholungen in der Massenpropaganda hin, die nicht allein im „Einschleifen“ bestanden hat:

Wiederholung ist nicht darum ein so wirksamer Bestandteil aller Massenpropaganda, weil die Massen zu dumm wären, etwas zu verstehen, oder zu träge, sich an etwas zu erinnern, sondern weil Wiederholung Folgerichtigkeit in der Zeit sichert, die zeitliche Konsequenz, der (sic!) die nur logisch unantastbaren Systeme sonst entbehren würden. (Arendt 1955, 560)

So hatten pressetypische Textsorten, an erster Stelle ‚Nachricht‘, ‚Bericht‘, ‚Kommentar‘, aber auch so etwas scheinbar eher Randständiges wie der ‚Leserbrief‘ keinen „Eigenwert“ mehr, sie setzten nicht mehr das um, was wir von traditionellen journalistischen Textsorten kennen, sondern sie stellten entdifferenzierte, d. h. schablonenhafte Äußerungsformen mit teils unklarer, teils geänderter Funktion dar. Die Nachricht und der Bericht mussten nicht mehr informieren bzw. sie mussten es nicht umfassend tun. Der Kommentar hob sich nicht durch die eigene Meinung des Verfassers von anderen Texten ab. Der Leserbrief war kein Mittel demokratischer Teilnahme des Individuums an der öffentlichen Debatte, sondern ein

Instrument politischer Zustimmung. Außerdem erfährt man durch die Betrachtung von Textsorten, die es in der bürgerlichen Presse nicht gibt, noch zusätzlich etwas über den Charakter öffentlicher Sprache in der DDR, so z. B. durch die Analyse von so genannten ‚Willensbekundungen‘. Texte dieser Textsorte erinnern an Devotionsadressen, wie sie früher einmal den Herrscherhäusern gegenüber zur Bekundung von Ergebenheit üblich waren. Zusammenfassend kann man feststellen: Viele, wahrscheinlich die Mehrheit der öffentlichen Texte der DDR dienten einer gemeinsamen rituellen Aufgabe, nämlich der, die Werte des Systems zu bestätigen – durch restriktive Vermittlung sorgfältig ausgewählter und zugeteilter Informationen bzw. durch das Vorenthalten von Informationen.

Die von der SED im „Neuen Deutschland“ vorgegebenen Losungen für den 1. Mai, den Kampftag der Werktätigen, sind ein besonders eindeutiger Fall der Sprachlenkung durch vorgegebene Texte. Darauf komme ich später zurück.

Sprachverwendung unter „innerem Druck“

Anhörung von Rudi Molt durch die Enquetekommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘:

In der DDR und sicherlich auch in anderen Diktaturen lernt man schon als kleines Kind eine wichtige Technik, und zwar in einem Alter, in dem man auch Lesen und Schreiben lernt, also andere wichtige Techniken für das Leben. Man lernte, dass man Sachen, die man selbst für richtig und wahr und gut hielt, in der Öffentlichkeit nicht tun oder sagen durfte. Ich glaube, das war ein prägendes Erlebnis, was jeder Mensch, der in der DDR geboren wurde und dort aufgewachsen ist, gehabt hat – dieser Zwang zur Unaufrichtigkeit, der einen das ganze Leben hindurch begleitete, es sei denn, man hatte alle Brücken hinter sich abgebrochen. (Enquete VII,1, Molt, 106)

Rudi Molt, Oppositioneller, Physiker an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1952 geboren, 1976 wegen oppositioneller Arbeit (Klub „Die Box“) verhaftet, von der Enquete-Kommission befragt, beschreibt das, was ich als Regelungsprozesse unter „innerem Druck“ verstehe. Er vollzieht sich – sozusagen „unsichtbar“ – als „normale“, oft nicht reflektierte Reaktionen auf reale Umstände. Man glaubt, etwas so tun zu müssen, wie die „oben“ es verlangen, also z. B. so sprechen und schreiben zu müssen, wie man glaubt, dass „die da oben“ es erwarten, ohne dass dies freilich immer ausdrücklich angeordnet worden war. Hier ist demnach etwas anders als der direkte und autoritäre Eingriff in Sprache und Sprachgebrauch gemeint. Es geht vielmehr um das, was die Mitglieder einer Gemeinschaft in ihrem jeweiligen soziokulturellen, also auch politischen Umfeld mehr oder weniger gemeinsam aus eigenem Antrieb „mit ihrer Sprache machen“ (Coulmas 1979, 11). In diesen Bereich gehört z. B. die Übernahme verfestigter Sprachmuster gleichsam als „Fertigteilkommunikation“ (Bredel/Dittmar 1997). Der öffentliche Sprachgebrauch dringt in den Sprachgebrauch des

Einzelnen ein und funktioniert dort eigengesetzlich. So wanderten feste Wendungen des öffentlich-politischen Sprachgebrauchs unbemerkt in die Alltagsrede. Pappert (2003) zeigt das ausführlich am Beispiel von kleinen Rundfunkinterviews der 70er und 80er Jahre, in denen „normale“ Bürger, keine Funktionäre, nach ihrem beruflichen Alltag befragt werden. Auch dort, wo es in den Interviews um Privates ging, dominierte der Duktus der öffentlichen Rede.

Beispiel: Nachdem die Interviewerin ihren Interviewpartner in unserem Beispiel zum Kernthema ‚Arbeit und Betrieb‘ gefragt hat, stellt sie abschließend eine private Frage, nämlich was er sich persönlich vom neuen Jahr erhoffe. Seine Antwort gilt aber weiter dem Politischen:

Rundfunkinterview mit T., Meister der Abteilung Absägerei eines Webmaschinenbetriebes in Karl-Marx-Stadt.

[...] dass es uns weiter gelingen wird [...] ein weiteres Jahr den Frieden zu erhalten das ist meines Erachtens das Grundanliegen unserer gesamten Politik [...] in Verbindung mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten. Und das ist meines Erachtens für mich auch das Hauptanliegen.

(Vom Rundfunk der DDR am 7.1.1981 ausgestrahltes Interview. In: Pappert 2003, 121)

Die Wahl des Gegenstandes zeigt, dass der Befragte nichts Privates sagt. Die Ausdrücke *weiter gelingen, ein weiteres Jahr, den Frieden erhalten, Grundanliegen unserer gesamten Politik, in Verbindung mit der Sowjetunion, Hauptanliegen* sind feste, für die offizielle Sprache typische Wörter und Wendungen. Er hat sie ohne *äußeren Druck*, nur weil sie ihm geläufig sind oder weil er die Verwendung dieser Wendungen in dieser öffentlichen Situation – Interview – für politisch opportun hielt, in seiner Antwort verwendet.

Ein zweites Beispiel stammt aus einem weniger öffentlichen Bereich: Ein Elternvertreter einer ersten Klasse entwarf im Auftrag aller Elternvertreter (Mitglieder des Elternaktivs) einen Arbeitsplan gedacht als gemeinsames Vorhaben für Lehrerin und Eltern. Darin steht:

Wir wollen unsere Kinder zu fröhlichen Menschen erziehen.
Der Klassenlehrer und die Vertreter der Eltern gestalten die Pioniernachmittage gemeinsam

Die anderen Mitglieder des Elternaktivs meinten, das müsse man umformulieren. Das klinge zu wenig offiziell, zu wenig wie ein „Plan“. Die neu formulierte Passage enthält Nominalisierungen und offiziellen Wortschatz.

Unser Ziel ist die Erziehung unserer Kinder zu *sozialistischen lebensfrohen* Menschen.
Die *Gestaltung* der Pioniernachmittage *liegt in der gemeinsamen Verantwortung* des Klassenleiters und der Elternaktivmitglieder.

zu fröhlichen Menschen erziehen wollen – Ziel ist die Erziehung zu sozialistischen lebensfrohen Menschen

gestalten gemeinsam – die Gestaltung liegt in der Verantwortung

Das Ergebnis ist formelhafter als der Ausgangstext. Der *innere Druck* hat gewirkt.

Hierhin gehört auch die inflationäre Verwendung verinnerlichter beschönigender Mittel

Ich beziehe mich hier auf das Stereotyp ‚noch‘ + Komparativ + Verb (*immer umfassender, stetig weiter*) und gebe erst einmal einige Beispiele aus der Rede von Margot Honecker auf dem IX. Pädagogischen Kongress (12.-15. Juni 1989, Berlin), Deutsche Lehrerzeitung (DLZ) 25, 1989:

- den weltweiten revolutionären Prozess noch überzeugender vor Augen führen (DLZ 25, 11)
- die Ausbildung der Lesefertigkeiten noch konsequenter in den Mittelpunkt des Lesenlernens stellen (ebd., 16)
- selbst noch besser die Methode des Denkens einbringen (ebd., 22)
- die gesellschaftliche Aktivität immer umfassender entwickeln (ebd., 6)
- die sozialistische Bewusstheit stetig weiter erhöhen (ebd., 6)

Diese „noch + Komparativ“-Struktur ist sehr brauchbar für verschleiern des Darstellens. Sie bietet die Möglichkeit, Nichtgelungenes, Negatives als etwas Gelungenes, Positives darzustellen und nur, indem dessen Steigerung eingefordert wird, doch deutlich zu machen, dass es etwas (eigentlich Unzureichendes) zu verbessern gibt. Anders gesagt:

Ein eigentlich schlechter Zustand wird als guter Zustand dargestellt, den es lediglich weiter zu verbessern gilt. *Die Schüler müssen besser lesen lernen (sie können es schlecht)* heißt nun: *Die Ausbildung der Lesefertigkeiten ist noch konsequenter in den Mittelpunkt des Lesenlernens zu stellen.* (DLZ 25, 16)

So wird gern öffentlich von Zuständen geredet, von denen jeder weiß, dass sie eigentlich schlecht sind. Ein eklatanter Fall ist folgendes Beispiel aus dem „Neuen Deutschland“.

Arbeiter und Bauern, die überwältigende Mehrheit des Volkes, schließen sich in diesen Tagen noch enger um die SED, ihr Zentralkomitee und dessen Generalsekretär Erich Honecker, zusammen. Unbeirrt schreiten wir *weiter vorwärts* zum 40. Jahrestag der DDR und zum XII. Parteitag der SED. (ND 14.9.1989: „Jegor Ligatschow in der Kooperation Neuzelle“)

Der zitierte Text berichtet über den Besuch eines führenden Parteifunktionärs der Sowjetunion in einer Landwirtschaftlichen Kooperationsgemeinschaft zu einer Zeit, in der die

Proteste und Ausreisewünsche der Bevölkerung immer lauter wurden: im September 1989. In den Tagen, da sich das Zusammenbrechen des Staates abzeichnet, wird ein sogar noch gewachsenes Zusammengehörigkeitsgefühl von Parteiführung und Bevölkerung unterstellt.

Wichtig ist außerdem, dass solche „noch + Komparativ“-Wendungen in vielen Fällen an bestimmte Sprachhandlungen gebunden sind, die das zukünftige Handeln lenken, indem sie eine Verpflichtung ausdrücken: FORDERN, AUFFORDERN, AUFRUFEN, VERPFLICHTEN, NACHDRÜCKLICH BITTEN: z. B. *ist zu stellen* (s. u.):

- Auch unsere pädagogische Wissenschaft *muss* diese Prozesse noch besser, noch praktikabler für die Lehrer aufhellen. (DLZ 25, 26)
- Die Ausbildung der Lesefertigkeiten *ist* noch konsequenter in den Mittelpunkt des Lesenlernens *zu stellen*. (ebd., 16)
- *Es ist wohl an der Zeit*, der Frage nachzugehen, wie wir mit der Gestaltung der Prüfungen noch wirksamer unserem schulpolitischen Grundanliegen [...] gerecht werden können. (ebd., 28)

Auch Einzelpersonen, nicht institutionell dazu Verpflichtete, bedienten sich dieses Mittels, wenn sie doch Kritik üben wollten. So also sahen *äußerer* und *innerer Druck* aus.

4. Wie brach die Sprache aus dem Machtgefüge der DDR aus?

Hier bietet sich der Übergang zur Sprache des Oppositionellen an. Ich beginne mit dem Beispiel Jan Faktors, das ich am Anfang gezeigt habe: Der Text bezieht sich direkt auf die Formeln des Typs *noch besser* und *immer besser, stetig weiter erhöhen*, die in politischer Sprache überall – auch heute – eine beliebte Form des Verschleierns sind. Faktor setzt an der routinehaften Verwendung dieser Formel in der DDR an und führt mit deren exzessiver Verwendung die öffentliche Sprache der DDR und die Verschleierung der Realität ad absurdum. In akribischer Kleinarbeit hat er über mehrere Jahre einen Text von ca. 3000 Wörtern, die alle gesteigert werden (oder so aussehen), zusammengestellt. Das Zur-Schau-Stellen des Absurden geschieht besonders eindrücklich dadurch, dass Faktor steigert, was gar nicht zu steigern ist. Man findet regelhafte Bildungen: *das Böse immer Böser, das Langweilige immer Langweiliger (Folie), das Mächtige immer mächtiger*. Aber man findet auch von den Regeln abweichende: *das Zukünftige wird immer zukünftiger, das Hiesige immer Hiesiger* bis hin zu völligen Unmöglichkeiten wie der Steigerung von Substantiven: *das Besitze wird immer Besitzer, das Gesetze immer Gesetzer*. (Dazwischen findet sich auch ein anderes, nur auf dem Gleichklang basierendes Spiel: *Die Dichter immer dichter, das Immer immer immer*.)

Man kann schon aus diesem literarischen Beispiel das grundlegende Prinzip des informellen, oppositionellen Sprechens dieser Zeit erkennen. Die grundsätzliche Erfahrung mit widerständiger Sprache in der DDR, vor allem im Herbst 1989, ist, dass sie gewollt anders ist als der herrschende Sprachgebrauch. Sie wendet sich von den üblichen Mustern und Wörtern ab, bricht die Muster, spielt mit ihnen und stellt damit den herrschenden Sprachgebrauch in Frage. Sie provoziert durch das *Anderssagen*.

Ich werde das nun, soweit es in der Kürze der Zeit möglich ist, an der Gegenüberstellung von DDR-Losungen und Demo-Sprüchen des Herbstes 1989 zeigen. Das sind zwei anscheinend sehr ähnliche, verwandte Textsorten. Beides sind Texte mit einer politischen Botschaft. Beide sind kurz und knapp, zum Sprechen und Zeigen (auf Transparenten) in der Öffentlichkeit gedacht. Dennoch sind sie grundsätzlich verschieden. Der Name ‚*Losung*‘, wie er in der DDR gebraucht wurde, bezeichnete einen von der SED vorgegebenen politisch werbenden Spruch. Hier wirkte der *äußere Druck*. Die wichtigsten Losungen, die für den 1. Mai, wurden im April eines jeden Jahres vom Zentralorgan der SED, im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht. Ihre Verwendung war zwingend. Man durfte sich nicht etwa seine eigenen Texte ausdenken, um seine eigenen Probleme zu formulieren.³ Anders als bei Wahlslogans in demokratischen Gesellschaften wenden sich die Losungen nicht an eine spezielle Adressatengruppe, sondern als Stimme der „Einheitspartei“ undifferenziert an ausnahmslos alle Bürger des Landes. Sie sollen ein Gruppenbewusstsein als DDR-Bürger schaffen, also integrieren. Folgen für die Sprachgestalt sind u. a. Wörter ohne Aussagekraft, Stereotypie, leeres Pathos und Unbestimmtheit in den Sprachhandlungen.

Mit ‚*Demo-Sprüchen*‘ sind die Texte gemeint, die auf den Demonstrationen des Herbstes 1989 getragen und gerufen wurden. Sie sind ein Zeichen dafür, dass der *innere Druck* nicht mehr wirkte. Diese Sprüche waren nicht von „oben“ vorgegeben, hinter ihnen stand vielmehr eine Vielzahl von (noch) nicht legalisierten Gruppen und von Einzelpersonen. Allein in dieser Urheberschaft bestand schon ein Angriff auf das Prinzip des Systems. Während die Losungen einen einzigen Autor, die SED, hatten, gab es mit den Demo-Sprüchen eine nicht überschaubare und vielfältig orientierte Menge von Urhebern, die sich an sehr unterschiedliche Interessengruppen wendeten. Die Beteiligten machten auf diese Weise von ihrem bisher immer vorenthaltenen Recht der Meinungsäußerung vielfältigen Gebrauch. Die Vielfalt zeigte sich im Inhalt und in der schöpferischen, neuartigen, teils witzigen Formgebung. Es werden

³ *Freiheit des Andersdenkenden*: Das Zitat von Rosa Luxemburg stand am 17. Januar 1988 auf einem Plakat von Demonstranten bei den jährlichen offiziellen Feierlichkeiten zu ihrem Todestag. Der Vorfall löste eine Verhaftungs- und Ausweisungswelle aus und gilt als ein Vorbote der Wende von 1989.

ganz konkrete Anliegen genannt und statt der ritualisierten, sinnentleerten Formen der alten Losungen zeigt sich eine Fülle rhetorisch-stilistischer Elemente, mit denen das Anliegen kreativ – spielerisch, humoristisch, anspielungsreich – vortragen wird. Hier wird auch Integration angestrebt – aber nicht kritiklose, sondern Gemeinschaftlichkeit im Ausdruck von Widerstand.

Beispiel Losungen

Inhaltliche Leere und Hochwertwörter

Frieden, Sozialismus, Solidarität, Produktion, Bruderländer
– für den Leser schwer konkretisierbar

Sozialismus in den Farben der DDR
(Honecker, 11.11.1988, Rede vor Sportlern der Olympischen Sommerspiele 1988)
Was bedeuten die „Farben der DDR“ konkret?

Weiter voran unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin!
Was ist das „Banner von Marx, Engels und Lenin“?

Unklar gelassene Intentionen

Mit erfüllten Plänen zur Wahl!
Soll hier die Intention des BEHAUPTENs oder AUFFORDERNs ausgedrückt werden? -

Wir haben ... erfüllt oder soll erfüllt werden?

Formelhaftigkeit und Beschönigung

Steigerung im Sinne von noch + Komparativ-Formeln,

Weiter voran zu einer friedlichen Zukunft.

Beispiel Demo-Sprüche

Nur einmal findet sich das alte Muster: Sonst gab es durchweg neue Verfahren:

Nieder mit der SED und ihrer Vorherrschaft. (vgl. Nieder mit dem Imperialismus)

Konkrete Themen

Gute Luft statt schlechte Kohle. rettet die Dübener Heide.
Freie Einsicht in die Kaderakten.
Die Mauer muss weg.

Intentionen (Sprachhandlungen) verschiedener Art

(DDR: BEHAUPTEN, AUFFORDERN)

FRAGEN: *SED, was war das?* (Infragestellen)

Moralisches APPELLIEREN: *Schämt euch was!* (m)

DANKEN: *Kirche, wir danken dir.*

BESCHIMPFEN: *Harry Tisch, du fauler Wisch!* (s)

GEFÜHLE ÄUßERN: *SED, das tut weh.* (m/s)

DROHEN: *Wenn die SED nicht geht, gehen wir.*

FORDERN: *Stasi in die Volkswirtschaft!* (m/s, gesungen)

ZITIEREN (beim Wort nehmen): *Vorwärts immer, rückwärts nimmer.* (E. Honecker)

Mischung mit anderen Textsorten, Anspielungen:

Spiel mit dem Sprichwort

Verdummung und Stolz wachsen auf einem Holz.

Lügen haben kurze Beine. Gysi zeig uns doch mal deine.

Traueranzeige

*SED *21. April 1946 – † 6. Mai 1990*

Bibelzitat

So soll es nicht sein unter euch; sondern wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener; und wer der erste sein will unter euch, der sei euer Knecht. (Matthäus 20, vers 26 und 27.

Wortspiel

Lieber Kohlplantage als sozialistische Versuchsfarm.

Kinderreim

Das ZK ins Altersheim, Gysi soll der Pfortner sein.

Abzählvers

1,2,3 am 6. (Mai, U.F.) sind wir frei. (6. Mai eigentlich vorgesehener Termin für die Volkskammerwahl, vorgezogen auf den 18. März 1990)

Spiel mit Gleichklang und Schreibung

Rechtssicherheit ist die beste Staatssicherheit

Luft entschwefeln – Politik entschwafeln

SED – Sicher Ein Debakel (Akrostichon)⁴

Nichtsprachliche Zeichen

Ein Kreuz mit den Zahlen 1946 * – 1990 †

Fahnen ohne DDR-Symbol

Sarg mit der Aufschrift SED

⁴ Ein **Akrostichon** (von griechisch ἄκρος *ákrōs* ‚Spitze‘ und στίχος *stíchos* ‚Vers‘, ‚Zeile‘) ist eine Form (meist Versform), bei der die Anfänge (Buchstaben bei Wortfolgen oder Wörter bei Versfolgen) hintereinander gelesen einen Sinn, beispielsweise einen Namen oder einen Satz, ergeben.

5. Fazit

Was wurde im Herbst 1989, bezogen auf das öffentliche Sprechen, anders? Die Protestierenden ergriffen von sich aus das Wort. Sie bestimmten ihre Themen selbst und fanden ihre eigene Sprache. Dabei lebten sie vom Spiel und vom Experiment. Die lange Zeit verschüttete Kreativität brach wie in einer Explosion auf. Für Jüngere, die in einer freien Gesellschaft aufgewachsen sind, mag das überhaupt nichts Verwunderliches, Beachtenswertes sein. Für sie ist es normal. Um diese Sprachleistung wirklich würdigen zu können, muss man sich klar machen, dass es für einen solchen kreativen Umgang mit Sprache keine Vorbilder gab. So etwas hatte man ja vorher nicht gesehen. Man musste also alles selbst finden. Es ist demnach das ganz eigene kreative Bedürfnis und Vermögen, das sich ausdrückt. Es stellt den absoluten Gegensatz zur öffentlichen Sprache der DDR dar, deren Hauptmerkmale, wie wir gesehen haben, das Vorgegebene und das Uniforme, das Sinnleere und das Beschönigende waren.

Literatur

Apel, Karl-Otto (1988): Philosophie und Verantwortung. Frankfurt am Main.

Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Stuttgart.

Bredel, Ursula/Dittmar, Jeanette (1997): Strukturelle Planbrüche als Hinweis auf Registerkonflikte im Sprachgebrauch von Ostberlinern nach der Wende. In: Deutsche Sprache 1/97, 39-53.

Coulmas, Florian (1979): Sprache und Kultur. Einleitung zu Dell Hymes, Soziolinguistik. Zur Ethnographie der Kommunikation. Frankfurt am Main, 7-25.

Fink-Eitel, Hinrich (2002): Michel Foucault zur Einführung. Hamburg.

Fix, Ulla/Barth, Dagmar (2000): Sprachbiographien. Sprache und Sprachgebrauch vor und nach der Wende von 1989 im Erinnern und Erleben von Zeitzeugen aus der DDR. Inhalte und Analysen narrativ-diskursiver Interviews. Frankfurt am Main, Berlin, Bern.

Fix, Ulla (2014): Sprache, Sprachgebrauch und Diskurse in der DDR. Berlin.

Foucault, Michel (1996): Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am College de France 2. Dezember 1970. Fischer. Frankfurt am Main 1996. Originalausgabe: L'ordre du discours. Gallimard. Paris 1972.

Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main.

Heitsch, Annett (1995): Vorgegeben und zensiert – Sprachlenkung am Beispiel von DDR-Pressetexten. Magisterarbeit. Institut für Germanistik der Universität Leipzig.

Klaus, Georg (1987): Sprache der Politik. Berlin.

Kocka, Jürgen (1994): Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut: Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, 547-553.

Opp de Hipt, Manfred (1987): Denkbilder in der Politik. Der Staat in der Sprache von CDU und SPD. Opladen.

Pappert, Steffen (2003): Politische Sprachspiele in der DDR. Frankfurt am Main, Berlin, Bern.